

Antrag 31/II/2025

SPDqueer Berlin LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Empfehlung der Antragskommission
erledigt durch 30/II/2025 (Konsens)****Nothilfefonds und Unterstützungsinfrastruktur für das queere Freizeit- und Nachtleben einführen**

1 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Nothilfefonds für queeres Nachtleben in Berlin einzuführen. Ziel des Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrängnis geratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommene Einrichtungen des queeren Freizeit- und Nachtlebens vor der Schließung bewahrt werden können. Hierfür soll ein Kriterienkatalog erarbeitet werden, der regelmäßig evaluiert werden soll und bspw. Standortrelevanz, Kulturangebote, Beratungsangebote, gute Arbeitsbedingungen und Diskriminierungsfreiheit berücksichtigt. Maßgeblich soll der Schutz von altgedienten Standorten und Sicherung von Angeboten und Arbeitsplätzen sein. Berechtigt sein sollen bspw. Clubs, Bars oder Kultureinrichtungen oder sonstige Standorte, die queere Freizeit- und Kulturangebote bereitstellen.

19

20 Der Fonds soll solidarisch von den Einrichtungen, die es sich leisten können, und dem Abgeordnetenhaus finanziert werden. Der Fonds soll Härten wie Mietexplosionen, Klageprozesse oder gewalttätige Zerstörungen abfendern und die Möglichkeit wirtschaftlicher Konsolidierung oder eines Umzugs beim größtmöglichen Erhalt von Angeboten zu erschwinglichen Preisen und Arbeitsplätzen ermöglichen.

28

29 Ebenfalls sollen bei der zuständigen Senatsverwaltung oder den Bezirken Beratungsangebote bei Mietrechtsfragen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet werden, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrichtungen richten. Für akut in wirtschaftliche Not geratene queere Clubs soll es ein niedrigschwelliges finanzielles Förderprogramm zur wirtschaftlichen Soforthilfe geben.

36

37 Senat und Fraktion sollen sich weiterhin gegenüber der Bundesebene (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bundesregierung, im Bundesrat) für die zügige Einführung eines Gewerbemietendeckels einsetzen. Gemeinsam mit den Bezirken soll weiterhin an tragfähigen Lärmschutzkonzepten unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung gearbeitet werden und das Vorkaufsrecht, wo möglich, genutzt werden.

45

46 **Begründung**

47 Fast täglich erreichen uns Nachrichten über den drohenden Verlust queere Freizeit- und Kultureinrichtungen und

49 queerer Clubs und Bars, wie neulich erst dem SchwuZ.
50 Ebenfalls werden diese Einrichtungen immer mehr zur
51 Zielscheibe rechtsradikaler Gewalt, wie neulich zum wie-
52 derholten Male das Tipsy Bear. Gleichzeitig hat das Ber-
53 liner Verwaltungsgericht unlängst das Nachtleben als
54 schützenswert in vielen Bereichen unserer Stadt aner-
55 kannt.

56
57 Gründe für (drohende) Schließungen sind vielfältig, aber
58 ähneln sich oft: Hohe Betriebs- und Lohnkosten, dadurch
59 resultierend hohe Eintrittsgelder, explodierende Gewer-
60 bemieten, Kündigungen von Mietverträgen und Klagen
61 wegen Lärmschutz. Berlin droht eines seiner einzigartigen
62 Merkmale zu verlieren: sein queeres Kultur- und Nacht-
63 leben. Dies ist nicht nur ein treibender wirtschaftlicher
64 Faktor, sondern auch essenzieller Bestandteil einer Infra-
65 struktur sicherer Räume für queere Menschen in der Re-
66 genbogenhauptstadt. Immer öfter werden queere Men-
67 schen angegriffen und somit umso mehr auf diese siche-
68 ren Räume angewiesen.

69
70 Beratung und finanzielle Unterstützung können viele die-
71 ser Einrichtungen retten. Ein solidarischer Fonds, der so-
72 wohl die Wirtschaft, als auch die öffentliche Hand ins Boot
73 holen teilt so gerecht die Lasten auf. Stirbt das Nachtle-
74 ben, so stirbt auch ein wichtiger Teil der Identität unserer
75 Stadt. Und sind queere Menschen nicht mehr sicher, sind
76 ein bedeutender Teil unserer Stadtgesellschaft nicht mehr
77 sicher. Insofern muss eine Rettung ihrer Räume im öffent-
78 lichen Interesse sein und dementsprechend ist Handeln
79 notwendig.